



Presseschau vom 02.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Wladislaw Sankin: **Mit "Bücherverbrennung" ins digitale Mittelalter – Zur Löschung der YouTube-Kanäle von RT DE**

Was mit RT DE in Deutschland geschieht, ähnelt zunehmend einem dystopischen Szenario, das den Auftakt zu einer gesellschaftlichen Abwärtsentwicklung markiert. Ob die deutsche Politik und Google Interesse haben, das Abrutschen in chaotische Zustände zu stoppen? ... <https://kurz.rt.com/2oi7>

Bernd Murawski: **Politik auf dem Prüfstand: Die neoliberale Prägung westlicher Werte (Teil 2)**

Die schmachvolle Niederlage der NATO und ihrer Verbündeten in Afghanistan hat zum wiederholten Mal gezeigt, dass westliche Werte vielerorts auf wenig Resonanz stoßen. In diesem dreiteiligen Beitrag wird untersucht, was sie beinhalten, warum sie abgelehnt werden und wie sich die Linke positionieren sollte. ... <https://kurz.rt.com/2ohb>

de.rt.com: **WikiLeaks Chefredakteur: Ex-CIA-Chef "bestätigte" Plan zur "Entführung oder Tötung" von Assange**

Der ehemalige CIA-Direktor Mike Pompeo gab diese Woche ein Interview, in dem er darauf bestand, dass die Whistleblower, die die Informationen für einen brisanten neuen Bericht

lieferten, aus dem hervorging, dass die CIA unter Pompeos Führung geplant hatte, WikiLeaks-Gründer Julian Assange zu "entführen oder töten", strafrechtlich verfolgt werden. WikiLeaks-Chefredakteur Kristinn Hrafnsson beharrt darauf, dass dies Pompeos Komplizenschaft "bestätigte". ...

<https://kurz.rt.com/2oj4>

Kani Tuyala: Nächstes Invasionsziel Äthiopien? – USA warnen vor "entschlossener Reaktion"

Seit fast einem Jahr toben die Kämpfe zwischen der äthiopischen Regierung und den Rebellen der TPLF. Währenddessen spitzt sich die humanitäre Lage weiter zu. Die UN und die USA sprechen von einem "Schandfleck auf unserem Gewissen". Addis Abeba wirft beiden Einseitigkeit vor. Jetzt wurden sieben UN-Mitarbeiter zu "personae non gratae" ernannt. ...

<https://kurz.rt.com/2ojh>

de.rt.com: Vor und nach der Wahl: "Die Herrschaft der extremen Mitte" – Buchauszug

Die politische Mitte ist bei der Bundestagswahl gestärkt und die Ränder sind geschwächt worden – das meinen Politiker wie FDP-Chef Christian Lindner. Wer sich da als Wahlgewinner sieht, zeigt der kanadische Philosoph Alain Deneault in seinem Buch "Die Herrschaft der extremen Mitte". Wir veröffentlichen mit freundlicher Genehmigung des Verlages als Auszug das Vorwort zur deutschen Ausgabe. ...

<https://kurz.rt.com/2od0>

Tilo Gräser: Wie wirken COVID-19-Impfstoffe? – Paul-Ehrlich-Institut ändert überraschend Aussagen auf Webseite

Mit geänderten Aussagen zu den Stoffen, die Menschen gegen COVID-19 per Spritze verabreicht werden, sorgt das zuständige Paul-Ehrlich-Institut für Verwirrung. Monatelang hatte das Institut erklärt, die Stoffe schützen vor einer Infektion. Diese Aussage wurde nun deutlich abgeschwächt. ...

<https://kurz.rt.com/2ok6>

abends/nachts:

de.rt.com: Putin: Russisch-chinesische Zusammenarbeit wächst weiter

China feiert am 1. Oktober den 72. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik. In einer Gratulationsbotschaft an den chinesischen Staatschef Xi Jinping hob der russische Präsident Wladimir Putin Chinas Rolle bei der Lösung drängender globaler Fragen hervor.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat dem chinesischen Staatschef Xi Jinping zum 72. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China gratuliert. Dabei brachte er seine Zuversicht zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern weiter wachsen wird. Dies teilte der Pressedienst des Kremls am Freitag mit. In der Grußbotschaft erklärte der russische Präsident:

"Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam die russisch-chinesische Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen auf jede erdenkliche Weise weiter ausbauen werden. Sie steht in vollem Einklang mit den Interessen unserer Völker und den Bemühungen um regionale und globale Sicherheit und Stabilität."

Putin wies darauf hin, dass China beeindruckende wirtschaftliche, soziale und wissenschaftliche Errungenschaften erzielt habe und sich aktiv an der Lösung drängender globaler Fragen beteilige.

Nach Angaben des Pressedienstes des Kremls betonte der russische Staatschef, dass die beiden Länder in ihren bilateralen Beziehungen der Idee einer umfassenden Partnerschaft und strategischen Interaktion folgen. Putin betonte:

"Auf der Grundlage des Vertrages über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit, der in diesem Jahr 20 Jahre alt wird, hat sich ein recht effektives Modell der bilateralen Beziehungen herausgebildet."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6156d36548fbef74b8739383.jpg>

de.rt.com: **Nach Peking äußert jetzt auch Moskau Besorgnis über neuen pazifischen Anti-China-Pakt**

Die geplante Schaffung eines neuen Sicherheitspaktes zwischen den drei angelsächsischen Staaten USA, Großbritannien und Australien im pazifischen Raum, der zur Einkreisung Chinas beitragen soll, sorgt nicht nur in Peking für Besorgnis.

Russland hat bei den Konsultationen mit den Vereinigten Staaten in Genf seine Besorgnis über die Schaffung eines Bündnisses zwischen Australien, Großbritannien und den USA (AUKUS) zum Ausdruck gebracht, wie der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow am Donnerstag vor Journalisten erklärte. Der hochrangige russische Diplomat sagte: "Wir haben das heutige Treffen auch genutzt, um den Amerikanern unsere Bedenken bezüglich der Schaffung der neuen hochtechnologischen AUKUS-Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich und Australien mitzuteilen, in deren Rahmen ein Technologietransfer eines nuklearen Antriebssystems nach Australien im Zusammenhang mit dem erwarteten Bau von acht Atom-U-Booten für die australische Kriegsmarine vorgesehen ist."

Er wies darauf hin, dass der Transfer von militärischen Nukleartechnologien an Australien im Rahmen von AUKUS nicht mit der internationalen Einigung zur Nichtverbreitung militärischer Nukleartechnologie vereinbar sei. Russland werde außerdem Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung des Bündnisses anhand der durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) festgelegten Kriterien stellen.

Russland sehe einen möglichen Verstoß gegen Abmachungen, dass die ursprünglich friedlichen Zwecke des Kernmaterials und nuklearer Aktivitäten nicht auf militärische Zwecke umgestellt werden dürfen.

"Nach der Charta fallen diese Abmachungen in den Zuständigkeitsbereich der IAEO. Wir werden in Wien Fragen im Sinne der IAEO stellen. Wir haben diese Fragen bereits über den US-Botschafter in Moskau, John Sullivan, an die Amerikaner herangetragen, und in letzter Zeit ähnliche Bemühungen in Canberra und London unternommen."

Der stellvertretende russische Außenminister betonte auch, dass die Absichten Londons, das Nuklearpotenzial auszubauen, nicht ignoriert werden könnten:

"Es ist allgemein bekannt, dass für die russische Seite in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Atomwaffenarsenale der engsten Verbündeten der USA – Großbritannien und Frankreich – von größter Bedeutung ist."

Moskau sei sich der Absichten Londons bewusst, seine Fähigkeiten in diesem Bereich mittel- und langfristige zu erweitern. Rjabkow mahnte:

"Das ist ein ernster Moment, der nicht ignoriert werden kann."

Am 15. September kündigten Australien, das Vereinigte Königreich und die USA die Gründung einer neuen, im Grunde explizit gegen China gerichteten Sicherheitspartnerschaft im indopazifischen Raum mit dem Namen "AUKUS" an. Im Rahmen dieses Abkommens plant Canberra die Umrüstung seiner Streitkräfte mit Marschflugkörpern aus US-Produktion und den Bau von mindestens acht atomgetriebenen U-Booten auf der Basis von US-Technologien. Die ersten sollen 2036 in Dienst gestellt werden. Aus diesem Grund hatte Australien einen Verteidigungsvertrag mit Frankreich gekündigt, was zu einer ernsten Krise der Beziehungen sowohl zwischen Australien und Frankreich als auch zwischen den USA und Frankreich führte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6156e98248fbef74b002035c.jpeg>

snanews.de: **Ukraine rechnet mit Sanktionen gegen Nord Stream 2 AG**

Der ukrainische Gaskonzern Naftogaz rechnet mit Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG nach dem Gastransitabkommen zwischen Russland und Ungarn.

Der Naftogaz-Chef, Juri Witrenko, zeigte sich in seiner Erklärung auf Facebook über das Gazprom-Transitabkommen mit Ungarn enttäuscht. Der russische Gaskonzern soll nun Gas nach Ungarn nicht mehr über die Ukraine, sondern über Serbien und Österreich liefern. Witrenko schrieb, er erwarte nun von Washington und Berlin Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG, den Betreiber der Nord Stream 2-Pipeline.

„Wir haben öffentlich und privat unsere deutschen und US-amerikanischen Partner gewarnt, dass dies (die Aussetzung von Gaslieferungen durch das ukrainische Territorium – Anm.d.R.) passieren könnte und <...> große Bedrohungen für die Ukraine und Europa darstellen würde“, so der Naftogaz-Chef. „Der Kreml macht das mit Absicht. Es ist nicht einmal Säbelrasseln, es ist ein offensichtlicher Einsatz von Gas als Waffe.“

Je früher die Sanktionen verhängt würden, so Witrenko, desto besser.

„Dass es keine wirksamen Sanktionen gibt, hat bei Gazprom bereits Erwartungen geweckt, dass es tatsächlich weiterhin erlaubt ist, Gas als Waffe gegen die Ukraine und andere Länder einzusetzen und Nord Stream 2 auch ohne Einhaltung europäischer Regeln in Betrieb zu nehmen“, fügte er hinzu.

Der Kreml wies die Kritik als unbegründet zurück. „Es gab und wird Anschuldigungen gegen Russland geben, die meisten davon politisiert“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow.

Russland erfülle alle seine Verpflichtungen aus den bestehenden Erdgasverträgen.

Im Juli hatten Deutschland und die USA eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und der Klimaziele veröffentlicht. Die beiden Seiten hätten sich darauf geeinigt, dass es im Interesse der Ukraine und Europas liege, den

Gastransit durch die Ukraine auch über 2024 hinaus fortzusetzen, heißt es in der Erklärung. Deutschland verpflichtete sich dazu, „alle verfügbaren Einflussmöglichkeiten zu nutzen, um eine Verlängerung des Gastransitabkommens der Ukraine mit Russland um bis zu zehn Jahre zu ermöglichen.“ Unter anderem will Deutschland auf Sanktionen drängen, „sollte Russland versuchen, Energie als Waffe zu benutzen, oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine begehen“.

Gasleitung Balkan Stream

Ab dem 1. Oktober soll Gazprom Erdgas über die Gasleitung Balkan Stream nach Ungarn unter Umgehung der Ukraine liefern. Es geht um einen 403 Kilometer langen Ableger der Pipeline Turkish Stream mit einer Kapazität von 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich. 3,5 Milliarden Kubikmeter sollen über Serbien fließen und eine Milliarde über Österreich. Ungarns Außenminister, Peter Szijjarto, hatte bereits vor einigen Tagen kritisiert, die Ukraine mische sich ein. Das Abkommen habe keine politischen Gründe.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/02/01/742997_0:322:3069:2048_1920x0_80_0_0_fb412f0e320d7f539e11b6f42e951732.jpg

de.rt.com: Russischer Botschafter: Israelische Angriffe auf Syrien sind eklatante Verletzung des Völkerrechts

Zum sechsten Jahrestag des russischen Militäreinsatzes in Syrien führte "RT" ein Interview mit Russlands Botschafter in Damaskus. Die mit Russlands Unterstützung herbeigeführte Niederlage der Terroristen in Syrien verhinderte, dass die terroristische Bedrohung von Syrien in die benachbarten Länder eindrang oder gar über die Region hinausging – zum Beispiel nach Russland.

In einem Exklusiv-Interview mit RT Arabic erklärte der russische Botschafter in Syrien, Alexander Jefimow, die wichtigste Errungenschaft im Rahmen der sechs Jahre russischer Militäroperationen in Syrien sei, dass die Existenz Syriens sowie des syrischen Staates verteidigt worden sei, als es darum ging das von Terrorgruppen eingenommene syrischen Territorium zurückzuerobern.

Die Niederlage großer Teile der Terrorgruppen in Syrien habe verhindert, dass die terroristische Bedrohung von Syrien in die benachbarten Länder eingedrungen sei oder gar über die Grenzen der Region hinausgehe – zum Beispiel nach Russland.

Der russische Botschafter sagte weiter, die destruktiven Pläne der fremden Mächte in Syrien seien in entscheidendem Maße vereitelt worden. Diese hätten bei der Durchsetzung ihrer opportunistischen Interessen versucht, sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einzumischen und seine legitime Regierung gewaltsam zu stürzen.

Auf die Frage bezüglich mutmaßlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Iran und Russland in Syrien, erklärte der Botschafter, Moskau und Teheran arbeiteten eng zusammen, um eine wirksame Lösung für den anhaltenden Syrien-Konflikt zu erwirken.

"Vorwürfe über Differenzen zwischen Russland und Iran in Bezug auf Syrien kursieren schon seit einiger Zeit. Sie werden von feindlichen Parteien in Umlauf gebracht, die in erster Linie daran interessiert sind, eine Kluft zwischen den beiden Ländern und unserem gemeinsamen Verbündeten Syrien zu öffnen."

Die Islamische Republik Iran ist in Syrien ebenso wie Russland auf Einladung der syrischen Regierung präsent, sagte Jefimow. "Das hilft der Regierung von Damaskus, dringende Probleme zu überwinden, die sich aus der seit mehreren Jahren andauernden Krise ergeben."

An anderer Stelle im Interview verurteilte der russische Botschafter die israelischen Luftangriffe auf syrisches Territorium als "eklatante Verletzung des Völkerrechts".

"Solche Angriffe verletzen nicht nur die Souveränität der Arabischen Republik Syrien, sondern bedrohen auch den internationalen Flugverkehr. Sie verschärfen im Allgemeinen die ohnehin instabile militärisch-politische Situation um Syrien."

2018 hatte die syrische Luftabwehr versehentlich ein russisches Aufklärungsflugzeug abgeschossen, das sich im Landeanflug auf den Militärflugplatz Hmeimim bei Latakia befand. Die ganze Mannschaft, 15 russische Soldaten, starb. Die syrische Luftabwehr hatte auf israelische Kampfjets gezielt, die einen Angriff auf Latakia flogen. Diese hatten das russische Flugzeug quasi als Schutzschild missbraucht.

Die Israelis behaupteten immer wieder, sie handelten zu ihrer eigenen Sicherheit. Ihre Angriffe seien jedoch ziemlich provokant und gewährleisteten in keiner Weise Frieden und Stabilität in Syrien, unterstrich der russische Botschafter in Damaskus.

Auf die Frage nach Idlib, der letzten Hochburg der Dschihadisten, erklärte Jefimow, der russische Außenminister Lawrow habe kürzlich in New York ganz deutlich über Idlib gesagt, dass die mit der al-Nusra-Front verbundene Gruppe Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) dort das Sagen habe, und die entsprechenden UN-Resolutionen definierten klar, was diese terroristischen Organisationen sind.

"Wir betonen, dass der Terrorismus auf syrischem Territorium unerbittlich bekämpft werden muss. Zumal diese Forderung eindeutig in der Resolution 2254 des Sicherheitsrates enthalten ist. Alle Versuche, Terroristen unter dem Vorwand, sie seien die 'bewaffnete Opposition', zu beschönigen, sind inakzeptabel."

Die russisch-türkischen Vereinbarungen zu Idlib, die im März 2020 in Moskau im Rahmen eines Gipfels getroffen wurden, ermöglichten die Befreiung mehrerer Gebiete im Nordwesten Syriens durch die syrische Armee. Das Abkommen sieht auch die Beteiligung Ankaras an der Bekämpfung der Terroristen in Idlib vor. Leider setze Ankara diese Vereinbarungen weitaus langsamer um, als das Moskau lieb sei.

Idlib ist auch eine der letzten verbliebenen "Deeskalationszonen", die unter Vermittlung von Russland, Iran und der Türkei im September 2018 zustande gekommen war. Anfang 2019 kam es in der Region zu direkten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der syrischen und der türkischen Armee, die durch eine russisch-türkische Vereinbarung über einen Waffenstillstand beendet werden konnte. Seitdem ist die Lage in Idlib unverändert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61575e66b480cc559054e51b.jpg>

de.rt.com: **30 Staaten fordern Ende von völkerrechtswidrigen Sanktionen des Westens**

In den letzten Jahren haben westliche Staaten, allen voran die Vereinigten Staaten, zunehmend zu einseitigen völkerrechtswidrigen Sanktionen gegriffen, um Drittstaaten wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen oder sonstiger "Verbrechen" zu "bestrafen".

Eine Gruppe von 30 Staaten hat am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung verfasst, die die Ablehnung von einseitigen, gegen die Satzung der Vereinten Nationen verstoßenden Zwangsmaßnahmen gegen andere Staaten fordert. Zu den Unterstützern der Erklärung gehören Russland, Venezuela, Kuba, Nordkorea, Iran, Südafrika, Palästina, Syrien und China, dessen UN-Botschafter die Erklärung vor dem dritten Ausschuss der UN-Vollversammlung vortrug.

Einleitend fordern die Staaten, die überwiegend aus Entwicklungsländern bestehen, eine "globale Antwort" auf die "erheblichen Auswirkungen" der COVID-19-Pandemie auf die "wirtschaftliche und soziale Entwicklung in allen Staaten". Diese Antwort müsse auf der zwischenstaatlichen Einheit, der Solidarität und auf internationaler Zusammenarbeit gegründet sein. Dabei verweist die Erklärung auf die Prinzipien der UN-Charta, insbesondere auf die Pflicht der UN-Mitgliedsstaaten zur Zusammenarbeit.

Die Staaten drücken anschließend ihre Besorgnis über die Anwendung von einseitigen Sanktionen gegen Entwicklungsstaaten aus:

"Wir sind besorgt über den Einsatz einseitiger Zwangsmaßnahmen gegen Entwicklungsländer, die den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta und des Völkerrechts, dem Multilateralismus und den grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen zuwiderlaufen."

Diese einseitigen Zwangsmaßnahmen haben in den Augen der unterzeichnenden Staaten verheerende negative Konsequenzen, etwa im wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Bereich. Auch würden die Sanktionen erheblich die Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte erschweren.

Es gebe viele Berichte, denen zufolge die Sanktionen den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Lebensmitteln, Wasser, Elektrizität, Medikamenten und medizinischer Ausrüstung erschweren würden, was gerade inmitten einer Pandemie besorgniserregend sei. Die Sanktionen würden zu vermehrter Armut führen und die Bemühungen humanitärer Organisationen, lebensrettende Hilfe an betroffene Menschen zu bringen, erschweren.

Angesichts dieser Situation bekräftigt die Staatengruppe, dass alle mit den gleichen Rechten geboren werden. Einseitige Zwangsmaßnahmen würden die betroffenen Bevölkerungen von Entfaltung ihrer Menschenrechte abhalten und ihren sozialen Wohlstand einschränken. Davon betroffen seien insbesondere Frauen, Kinder, Jüngere, Senioren und Behinderte.

An eine Reihe von früheren Aufrufen zum selben Thema erinnernd, fordern die Staaten die sofortige Abkehr von der Sanktionspolitik:

"Wir fordern die vollständige und sofortige Aufhebung der derzeitigen einseitigen Zwangsmaßnahmen gegenüber den betroffenen Ländern. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die betroffenen Länder über angemessene Ressourcen und Unterstützung für die Reaktion auf die Pandemie und den Wiederaufbau verfügen, dass die humanitäre Hilfe die Bedürftigen ohne Verzögerungen oder Behinderungen erreichen kann und dass das Leiden der betroffenen Bevölkerung unverzüglich beendet wird."

Die Gruppe drängt andere Staaten, zukünftig von der Verhängung einseitiger, völkerrechtswidriger Sanktionen abzusehen. Die jetzige Situation erfordere "Solidarität und Einheit statt Konfrontation und Zwietracht". Das sei erforderlich, um die "globale Herausforderung" – also die Corona-Krise – zu meistern und die Menschenrechte von allen zu gewährleisten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615723ccb480cc375e355950.jpeg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Oktober 2021 wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje und Sokolniki wurden mit Granatwerfern beschossen (29 Schüsse), Antipanzerlenkraketen (1 Schuss) und Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **RT-Chefin an Deutschen Journalisten Verband: Was ich sage, entscheide ich und nicht der Kreml**

Der Deutsche Journalisten-Verband hatte die Löschung von RT-DE-Kanälen durch YouTube ausdrücklich begrüßt und die RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan für "Regierungshörigkeit" und "Eskalationsrhetorik" kritisiert. Die RT-Chefin nahm dazu Stellung.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hat die Chefredakteurin der Nachrichtenagentur Rossija Sewodnja, der Dachgesellschaft der RT-Familie, Margarita Simonjan für ihre Drohungen gegen deutsche Medien scharf kritisiert. Simonjan hatte die Löschung der RT-DE-Kanäle durch YouTube auf ihrem Telegram-Kanal als "Medienkrieg des deutschen Staates gegen den russischen Staat" bezeichnet. Als Erwiderung forderte sie Restriktionen gegen die deutschen Medien in Russland.

"Sie wünschte sich, dass Russland deutsche Medien verbieten sowie die Büros von ARD und ZDF schließen würde", zitierte der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall aus einer

Tagesschau-Meldung und machte deutlich:

"Dieser Vorstoß der RT-Chefredakteurin ist eine unverhohlene Drohung gegen deutsche Medien sowie Journalistinnen und Journalisten in Russland."

Er könne sich nicht vorstellen, dass Simonjan das ohne Zustimmung der russischen Behörden in Umlauf gebracht hat. "Sollten tatsächlich Büros von deutschen Medien in Russland geschlossen werden, wäre das eine deutliche Eskalation. Das kann niemand wollen."

Die RT-Chefredakteurin nahm die Unterstellung mit Humor, sie habe ihren "Vorstoß" mit der Regierungsstellen abgestimmt. Es sei amüsant, wie diese freiheitsliebenden Menschen jedes Mal überzeugt seien, dass sie sich nicht ohne die Zustimmung der russischen Behörden äußern könne. Simonjan machte auf ihrem Telegram-Kanal klar:

"Liebe Bürger! Keine meiner harschen Äußerungen – von der Forderung nach der Rückkehr des Donbass (zu Russland) bis zur Forderung nach der Schließung der Deutschen Welle – stimme ich mit irgendjemandem außer meinem eigenen Gewissen ab."

"Seid neidisch", schloss die Medienmanagerin im Umkehrschluss und zitierte wieder den DJV.

"Das Wirken von RT hat mit seriösem Journalismus nichts zu tun", so DJV-Vorsitzender Überall. "Dieser Kanal verbreitet Desinformation und russische Propaganda."

Die Löschung durch YouTube war längst überfällig. Aber von einem Medienkrieg zu sprechen, ist absurd. Hier braucht es dringend rhetorische Abrüstung von russischer Seite." Zudem sei ohnehin nicht zu erklären, was die Entscheidung des US-Konzerns mit Deutschland zu tun habe.

Das russische Außenministerium nannte die Löschung eine "offensichtliche Manifestation von Zensur und Unterdrückung der Meinungsfreiheit". Vertreter der Staatsduma wiesen darauf hin, dass der Auslandssender Deutsche Welle in der Vergangenheit gegen russische Gesetze verstoßen habe. Die Sprecherin des Außenministeriums Maria Sacharowa wandte sich in ihrer jüngsten Stellungnahme mit der rhetorischen Frage an Regierungssprecher Steffen Seibert, ob er bereit sei, die Tätigkeit der deutschsprachigen RT-Version in Deutschland zu fördern, um ein "gutes Verhältnis zur Pressefreiheit" unter Beweis zu stellen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6157779d48fbef4d027c47f4.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. Oktober 3:00 Uhr bis 2. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Dolomitnoje, Mineralnoje Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 83.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Tragflächenboote: Technologie aus der Sowjetunion feiert Comeback**

Auf den Flüssen in Russland verkehrten einst Tragflächenboote. Seit 1957 wurden sie entwickelt und gebaut. Das erste Modell gab allen folgenden einen liebevollen Beinamen - die Raketa. Noch heute fahren einzelne Boote sowjetischer Bauart. Seit 2013 werden wieder neue Modelle entwickelt. Das modernste ist ein Meteor 120R aus diesem Jahr.

Im März dieses Jahres wurde bei Nischni Nowgorod ein Boot der Reihe Meteor 120R zu Wasser gelassen. Das Tragflächenboot verfügt über Kapazitäten für 120 Passagiere und kann eine Strecke von bis zu 600 Kilometern zurücklegen. Die Fahrten folgen dem Lauf der Wolga und der Oka.

In der gleichen Region wurde im August 1957 das erste Tragflächenboot gebaut, erprobt und in Serie produziert. Die Raketa erlangte eine so hohe Beliebtheit, dass auch die folgenden Modelle diesen Namen erhielten, wie Russia Beyond in einem illustrierten Beitrag in Erinnerung ruft.

Auf ihrer Jungfernfahrt legte die Raketa die 420 Kilometer zwischen Nischni Nowgorod (damals Gorki) und Kasan in sieben Stunden zurück. Das war und ist für ein ziviles Wasserfahrzeug eine sehr hohe Geschwindigkeit. Ermöglicht wurde dies durch Tragflächen, die knapp unter der Wasseroberfläche für eine hohe Stabilität sorgen. Zudem halten sie den Widerstand gering. Fahren die Boote besonders schnell, so ragen die Tragflächen zu einem Teil aus dem Wasser heraus.

Die Raketa war 27 Meter lang und nahm bis zu 64 Personen auf. Insgesamt wurden 300 Boote dieser Serie gebaut. Die nächste Serie trug den Namen Meteor. Der Schiffsbauingenieur Rostislaw Alexejew und seine Kollegen konstruierten auch diese Serie. Diese Boote konnten 120 Passagiere mit einer Höchstgeschwindigkeit von 77 Kilometer pro Stunde befördern. Mehrere der insgesamt 400 Meteor-Boote wurden nach Deutschland, Ägypten und Griechenland exportiert.

Die wichtigste Idee von Ingenieur Alexejew war wohl der Einsatz von Gasturbinenmotoren in den Booten. Diese wurden und werden für Flugzeuge genutzt. Gewöhnliche Boote fahren mit Dieselmotoren. Die meisten Tragflächenmodelle hatten Propeller, manche Wasserdüsen an deren Stelle. Düsen hatte beispielsweise die Burevestnik (Sturmvogel), die bis zu 95 Kilometer pro Stunde erreichte.

Im Jahr 1961 wurden zwei Tragflächenboote für den Einsatz auf hoher See gebaut. Sie trugen den Namen Strela (Pfeil). Die beiden Boote wurden im Schwarzen Meer bei einem Wellengang von bis zu zwei Metern eingesetzt. Auch sie erreichten eine Geschwindigkeit von 70 Kilometer pro Stunde. In den folgenden Jahren konstruierten und bauten die Schiffingenieure weitere einzelne Boote, die über die Meere fuhren. Mit einigen unternahm die sowjetische Flotte militärische Versuche. So etwa in den 1970-er Jahren, als ein einzelnes Schiff mit dem Codenamen 1240 Uragan gebaut wurde. Es hatte eine Länge von 56 Metern

und ein Gewicht von 342 Tonnen. 34 Mann gehörten zur Besatzung. Das Schiff konnte Raketen tragen – ob es sie auch einsetzen konnte, geht aus dem Zeitungsbericht nicht hervor. Bis 1990 wurde es zum Schutz der Krim genutzt.

In den folgenden Jahrzehnten wurden einige der alten Boote auf den Flüssen in Sibirien und im Norden des europäischen Teils Russlands weiterhin eingesetzt. Gebaut wurden nach 1991 zunächst keine Tragflächenboote. Bis im Jahr 2013 der Bau der ersten Kometa 120M erfolgte. Sie kann 120 Passagiere in einer Geschwindigkeit von 65 Kilometer pro Stunde befördern. Weitere Boote dieses Modells folgten.

Im Jahr 2017 wurde die Waldai 45R vom Stapel gelassen. Sie wird von zwei Mann Besatzung vornehmlich in nördlichen Gebieten gefahren, wo es an Landwegen mangelt. Sie ist nur 21 Meter lang. Heute fahren mehrere Boote dieses Modells auf Ob, Irtysh und auf der Wolga. Im Projektstadium befindet sich ein doppelstöckiges Tragflächenboot mit dem Namen Zyklon 250M. Es verfügt über einen Gasturbinenmotor und ein ungewöhnliches System von kleinen Tragflächen. Dank dieser Konstruktion kann es eine Geschwindigkeit von bis zu 101 Kilometer pro Stunde erreichen. Das Schiff ist 46 Meter lang und hat eine maximale Kapazität von 300 Passagieren - mehr als jedes andere russische oder sowjetische Tragflächenschiff.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6154510448fbef62ec6ad887.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. Oktober um 9:00 Uhr 13.469 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 10.021 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 1409 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 1. Oktober wurden in der DVR 1466 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 642 positiv, bei 62 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 2. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 68.586 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 9419 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 54.138 als gesund entlassen, es gibt 5030 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 379 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 28 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 133 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3728 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1126 mit Sauerstoffunterstützung (+94 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-

Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: **Belarus erwägt Referendum über Abschaffung der Todesstrafe**

Belarus könnte seine Bürger in einem Referendum über die Abschaffung der Todesstrafe abstimmen lassen. Damit reagiert das osteuropäische Land unter anderem auf die Forderungen aus dem Europarat. Die knapp zehn Millionen Einwohner zählende Ex-Sowjetrepublik ist der letzte Staat in Europa, der noch immer die Todesstrafe vollstreckt. In Belarus soll spätestens im Februar 2022 ein Verfassungsreferendum stattfinden. Den Änderungen, die die Machtbefugnisse zwischen Präsident, Parlament und Regierung neu verteilen, werde gerade der letzte Schliff gegeben, kündigte Staatschef Alexander Lukaschenko in dieser Woche an.

In einem gesonderten Referendum sollte dann über die Abschaffung der Todesstrafe abgestimmt werden, schlug der Präsident des Verfassungsgerichts, Pjotr Miklaschewitsch, am Dienstag vor. In der zuständigen Verfassungskommission herrsche über die Änderung des entsprechenden Verfassungsartikels keine Einigkeit, erklärte er.

Deshalb sei beschlossen worden, diese Frage beim anstehenden Verfassungsreferendum vorerst nicht zu stellen. „Zukünftig muss also ein gesondertes Referendum durchgeführt werden“, sagte Miklaschewitsch laut „Sputnik Belarus“.

Dem Volksentscheid müssten aber eine Aufklärungsarbeit sowie gründliche Meinungsstudien vorausgehen, „um die Bereitschaft der Öffentlichkeit zu dieser verantwortlichen Entscheidung zu sondieren“.

Bei einem Referendum vor 25 Jahren hatten die Weißrussen mit einer überwältigenden Mehrheit von fast 80,5 Prozent gegen die Abschaffung der Todesstrafe als Höchststrafe für besonders schwere Verbrechen gestimmt. Präsident Alexander Lukaschenko bezweifelte in den vergangenen Jahren mehrfach, dass sich die öffentliche Meinung seither verändert habe. Menschenrechtler und internationale Organisationen wie der Europarat fordern seit langem ein Ende der Hinrichtungen in Belarus. Die weiterhin praktizierte Vollstreckung von Todesurteilen behindert unter anderem auch eine Beteiligung des Landes an der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE).

Am Mittwoch rief der Europarat die Regierung in Minsk erneut auf, ein Moratorium für die Todesstrafe als ersten Schritt zu ihrer völligen Abschaffung zu verhängen. Verbrechen ließen sich durch Hinrichtungen nicht verhindern, erklärte ein Sprecher der Straßburger Organisation am Mittwoch im Gespräch mit SNA.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/09/3145076_0:0:3164:1781_1920x0_80_0_0_0e9ad18778c9d8ab8ff2e24f79d852a3.jpg

de.rt.com: **Inhaftierter Ex-Präsident Georgiens wendet sich an seine Anhänger**

Nach seiner Festnahme in Georgien hat Micheil Saakaschwili seine Anhänger aufgefordert, sich an den Kommunalwahlen am Samstag zu beteiligen. In einem Brief teilte der frühere Präsident des Kaukasuslandes mit, dass seine Freiheit vom Engagement seiner Mitbürger abhängt.

Am 2. Oktober finden im Kaukasusland Georgien die Kommunalwahlen statt. Fast 3,5 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen, die neue Führung ihrer Städte und Gemeinden zu wählen. Der Urnengang wird nach der Rückkehr und der Festnahme des ehemaligen Präsidenten Micheil Saakaschwili besonders brisant.

Am Wahltag haben georgische Medien einen Brief des inhaftierten Politikers an seine Anhänger veröffentlicht. Dort rief Saakaschwili seine Landsleute auf, sich an dem Urnengang zu beteiligen. Alle Beschuldigungen gegen ihn bezeichnete er als Lüge. Er sei nach Georgien trotz der sicheren Festnahme gereist. Vom Engagement der Bürger hänge nicht zuletzt die internationale Unterstützung für die georgische Opposition ab.

"Meine Freiheit und – was tausendmal wichtiger ist – die Freiheit Georgiens hängt von Ihrer Aktivität und Ihrem Kampf in den nächsten Tagen ab."

Inzwischen teilte der Vorsitzende der Regierungspartei "Georgischer Traum" mit, dass Saakaschwili einen Staatsstreich aushecke und im Interesse Russlands handle. Im Hinblick auf den Krieg im Jahr 2008 warf Irakli Kobachidse dem damaligen Präsidenten vor, Russland 20 Prozent des georgischen Territoriums abgetreten zu haben.

"Er ist in Georgien eingetroffen, um seine Drohungen in Bezug auf einen Staatsstreich umzusetzen und Unruhen im Land zu stiften."

Saakaschwili hatte am 1. Oktober in seinen sozialen Netzwerken geschrieben, dass er nach Georgien gekommen sei. Am Freitagabend teilte Ministerpräsident Irakli Gharibaschwili mit, dass die Polizei den aus der Ukraine zurückgekehrten Politiker festgenommen habe. Zuvor hatte die georgische Justiz den ehemaligen Staatschef in zwei Prozessen in Abwesenheit zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Jahr 2013 war Saakaschwili aus Georgien nach seiner Abwahl in die Ukraine geflohen, als gegen viele der ehemaligen Beamten seiner Regierung Strafverfahren eingeleitet worden waren. Der Politiker erhielt die ukrainische Staatsbürgerschaft und wurde zum Präsidentenberater sowie zum Chef des Exekutivkomitees im Reformrat ernannt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615823feb480cc4516070f85.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 02.10.2021
In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von

Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kotlik **Dolomitnoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 54 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sentschenko **Mineralnoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 24 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Lebedinskoje aus **Leninskoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko **Luganskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und 24 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Gebirgssturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gontscharuk **Kominternowo** mit Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 11 Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

sechs 152mm-Haubitzen „Giazint-B“ an der Eisenbahnstation von Krasnoarmejsk;
eine 122mm-Haubitze „Gwodzika“ und ein Abwehrraketenkomplex „OSA“ in einem Wohngebiet in Wesuloje;

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Orlowka;

ein Schützenpanzerwagen am nördlichen Rand von Nowobachmutowka.

Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. und 128. Brigade durch Mitarbeiter der OSZE zu verhindern, hat der Gegner **Stationen der elektronischen Kriegsführung** „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, **um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission** in den Gebieten von Andrejewka, Dsershinsk, Nowgorodskoje und Orlowskoje **zu blockieren**.

Gestern wurde in der 10. Brigade ein weiterer **Vorfall registriert, der zu nicht kampfbedingten Verlusten führte**. Auf den Frontpositionen beschlossen zwei Kämpfer des 108. Bataillons, die aus Anlass der Feier des Gründungstags der Brigade betrunken waren, den Kameraden von der benachbarten Position zu gratulieren, und fuhren zu ihnen. Da sie von der Route abkamen, gerieten die Kämpfer auf eine Mine, die von Pionieren der 10. Brigade installiert worden war. Sie wurden in mittlern Zustand in das Hospital von Tschassow Jar eingeliefert.

Der Brigadekommandeur Kotlik berichtete dem Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, dass die Soldaten durch Beschuss von Seiten der Volksmiliz verletzt worden wären, und um Überzeugungskraft zu erreichen, erteilte er den Befehl, unsere Positionen im Gebiet von Dolomitnoje zu beschießen, angeblich um die Feueraktivität zu unterdrücken.

Nach uns vorliegenden Informationen steht in der 128. Brigade die Frage der Personalausstattung immer ernster. In den Reihen der Einheiten kommen im

Zusammenhang damit Probleme mit dem Einsatz von Personal für Kampfdienste auf den Frontpositionen auf. Die Kämpfer sind gezwungen, sich ohne Ablösung wochenlang in den Schützengräben aufzuhalten.

Die Personalausstattung der Brigade beträgt derzeit 65% des Plans. Aber im Verlauf des Monats enden bei einem Drittel der Kämpfer die kurzfristigen Verträge und die Mehrheit von ihnen hat vor, die OOS-Zone zu verlassen und ihren Vertrag nicht zu verlängern.

Das ukrainische Kommando erwägt im Zusammenhang damit die Fragen einer vorzeigten Rotation der Brigade oder deren Ausstattung auf Kosten anderer Verbände, die für den Abzug aus der OOS-Zone vorgesehen sind.

de.rt.com: **Lukaschenko im CNN-Interview: "Rache nehmen können nur schwache Menschen"**

Alexander Lukaschenko hat dem US-Fernsehsender "CNN" ein umfangreiches Interview gegeben. Im Gespräch mit dem Journalisten Matthew Chance warnte der weißrussische Präsident den Westen vor einer Aggression gegen sein Land und äußerte sich zu einer Vergeltung für EU-Sanktionen.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat dem US-Sender CNN ein großes Interview gewährt. Im Gespräch mit dem Korrespondenten Matthew Chance, das am 1. Oktober veröffentlicht wurde, ging der Politiker auf Fragen ein, die die Innen- und Außenpolitik des vom Westen sanktionierten Landes betrafen. Lukaschenko warnte den Westen vor einer Aggression gegen sein Land und kündigten für diesen Fall eine noch engere Zusammenarbeit mit Russland im Militärbereich an.

"Wenn es nötig sein sollte, wird sich Belarus in eine gemeinsame Militärbasis von Belarus und Russland verwandeln, um Ihrer Aggression Widerstand zu leisten."

Lukaschenko betonte dabei extra, dass es auf dem Territorium der Republik keinen einzigen ausländischen Militärstützpunkt gebe, abgesehen von zwei russischen Militärbasen aus der Sowjetzeit zur Frühentdeckung von Raketenstarts und zur Kommunikation mit der russischen Flotte im Atlantik. Dort dienten zwischen 30 und 40 Armeeangehörige.

Gleichzeitig rief der Präsident den Fernsehsender CNN zu einer ehrlicheren und objektiveren Berichterstattung auf. Sein Land sei kein Aggressor. Die Gerüchte, wonach die Regierung in Minsk Großbritannien, die USA und die EU erobern wolle, seien falsch:

"Wir brauchen das nicht. Wir sind nicht fähig dazu."

Lukaschenko schloss auch eine Vergeltung für die Sanktionen aus, die die EU nach den Präsidentschaftswahlen im August 2020 und nach der Zwangslandung einer Ryanair-Maschine mit dem oppositionellen Aktivisten Roman Protassewitsch an Bord gegen sein Land verhängt hatte. Weißrussland könne eine längere Zeit ohne den EU-Markt auskommen und seine Waren in Russland und China verkaufen. Die Republik Belarus sei ein kleineres zentraleuropäisches Land mit einer Bevölkerung von zehn Millionen Menschen und sei außerstande, einer halben Milliarde EU-Einwohner seine Bedingungen zu diktieren.

"Rache nehmen können nur schwache Menschen. Entschuldigen Sie mir meine Unbescheidenheit, aber ich halte mich für keinen Weichling und halte es nicht für nötig, an der Europäischen Union Rache zu nehmen."

Weißrussland habe gute Beziehungen zur Türkei, zu Iran, Indien und Pakistan und könne seine Waren auch dort verkaufen. Es sei die Regierung in London, die sich nach dem Brexit an der EU räche.

Lukaschenko teilte mit, dass er kein Präsident auf Lebenszeit sein wolle. Das hänge aber von der Situation in Weißrussland und den Handlungen des Westens ab. Ein Staatschef könne regieren, solange ihn das Volk wähle. Lukaschenko diene seit 27 Jahren in diesem Amt seinem Volk und habe noch nicht das Alter von Joe Biden erreicht. Der 78-jährige US-Präsident könne in diesem Sinne als Anhaltspunkt fungieren, witzelte der 67-jährige Lukaschenko. Die Situation in Weißrussland sei nicht einfach. Deswegen brauche das Land

einen energischen und gesunden Staatschef.

"Wenn Sie uns angreifen, ständig bedrängen, uns unserer Meinung, unseres Gesichtes und unserer Unabhängigkeit berauben wollen, werde ich ein ewiger Präsident sein. Ich werde verteidigen, was ich zusammen mit dem weißrussischen Volk geschaffen habe – selbst auf Kosten meines Lebens."

Nach den Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 hatten in Weißrussland massenhafte Proteste begonnen. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission in Minsk gewann der amtierende Staatschef Lukaschenko seine sechste Wahl mit 80,1 Prozent der Stimmen. Seine wichtigste Rivalin Swetlana Tichanowskaja konnte demnach 10,12 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die weißrussische Opposition erkannte das Wahlergebnis nicht an. Seitdem kam es immer wieder zu landesweiten Protestzügen, an denen sich Zehntausende Menschen beteiligten. Die Polizei ging mit Tränengas, Gummigeschossen und Blendgranaten gegen Demonstranten vor. Allein in den ersten Tagen wurden nach Angaben des Innenministeriums fast 7.000 Teilnehmer der nicht genehmigten Protestaktionen festgenommen. Hunderte Menschen, darunter Polizisten, erlitten Verletzungen. Die EU und viele andere westliche Staaten erkannten die Wahlen nicht an und verhängten Sanktionen gegen Lukaschenko und andere hochrangige Beamte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615806a4b480cc455e021113.jpg>

de.rt.com: **Russlands Gesundheitsminister: Alle Hindernisse für Anerkennung von Sputnik V durch WHO beseitigt**

Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko hat am Samstag mitgeteilt, dass alle Hindernisse für eine Anerkennung des russischen SARS-CoV-2-Impfstoffs Sputnik V durch die Weltgesundheitsorganisation überwunden seien. Es komme nur auf ein paar Dokumente an.

Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko hat sich am Samstag in Genf mit dem Chef der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Tedros Adhanom Ghebreyesus getroffen. Erörtert wurde auch eine internationale Notfallzulassung des russischen SARS-CoV-2-Vakzins Sputnik V durch die WHO. Auf einem Briefing nach dem Treffen gab Muraschko auf die entsprechende Frage eines TASS-Journalisten bekannt, dass alle Hindernisse auf diesem Weg aufgehoben seien. Man habe die russische Position hinsichtlich der Registrierung des Impfstoffs Sputnik V wahrgenommen.

"Inzwischen sind alle Barrieren aufgehoben. Wir sehen heute keine Hindernisse für die weitere Arbeit. Das hat der WHO-Generaldirektor bestätigt."

Muraschko teilte mit, dass der Impfstoffhersteller nur noch ein paar administrative Prozedere zu absolvieren habe. Es gehe lediglich um eine Reihe von Dokumenten, die der Antragsteller unterzeichnen und der WHO vorlegen müsse.

Ghebreyesus dankte seinerseits dem russischen Gesundheitsminister für das Treffen in Genf und bezeichnete die Gespräche als konstruktiv. Das Wort "Danke" schrieb der WHO-Chef dabei auf Russisch.

Der für die internationale Vermarktung von Sputnik V zuständige Russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) hatte Mitte Juli erklärt, dass die Ankerkennung des russischen Corona-Vakzins durch die WHO und die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) in diesem Herbst erfolgen könnte.

Beim Vakzin Sputnik V handelt es sich um einen sogenannten Vektorimpfstoff. Das Mittel nutzt zwei rekombinante Adenovirus-Typen mit dem Ziel, bei den Geimpften eine Immunantwort gegen den COVID-19-Erreger auszulösen. Nach seiner Registrierung am 11. August 2020 in Russland ist das Präparat bereits in 70 Ländern der Welt mit einer Gesamtbevölkerung von über vier Milliarden Menschen offiziell zugelassen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61585ed248fbef4ae153a047.jpg>

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden vier Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 3. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen in den Gebieten von Troizkoje und Nowoswanowka aus **Kalinowo** und **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Antipanzerlenkraketen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 17. Bataillons der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus **Sokolniki** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade **Kalinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Außerdem wurde infolge des Abwurfs von Sprengeinrichtungen von einer ukrainischen Drohne auf die **Krasnolimanskaja-Pumpstation** zweiter Ebene und die **Elektroverteilungsunterstation „Irrigazionnaja“** im Gebiet von Slawjanoserbsk der Grund- und der Reservetransformator beschädigt, 5000 Verbraucher von Slawjanoserbsk, Krasnyj

Liman und Dolgoje hatten keinen Strom.

Inzwischen ist der Reservetransformator wieder in Betrieb, der die Pumpstation versorgen kann, wie die Unterstation „Irrigazionnaja“ nicht wieder in Betrieb ist.

Große Beunruhigung bei der ukrainischen militärisch-politischen Führung ruft das **ständig zunehmende negative Verhältnis der Zivilbevölkerung auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donbass gegenüber den ukrainischen Streitkräften** hervor.

Um das Image der ukrainischen Streitkräfte zu verbessern, führen Offiziere für militärisch-zivile Zusammenarbeit der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Informations- und Aufklärungsarbeit mit Funktionsträgern der Organe der örtlichen Selbstverwaltung und der Zivilbevölkerung der frontnahen Bezirke über die Notwendigkeit der Integration der Ukraine in die EU und die NATO, die wichtige Rolle der ukrainischen Streitkräfte als Garant der territorialen Integrität und des Friedens durch.

Aber die Einwohner von Orechowo, die die Ausschreitungen der ukrainischen Streitkräfte und die Untätigkeit der ukrainischen militärisch-politischen Führung leid sind, haben die militärischen Propagandisten einfach verjagt und ihnen mit Vergeltung gedroht, falls sie noch einmal erscheinen.

snanews.de: **Protest im Westjordanland: Israelische Aktivisten versorgen Palästinenser mit Wasser**

Israelische Friedensaktivisten haben sich aus Protest gegen die Wasserkrise im Westjordanland mit einem Wassercontainer auf den Weg in das palästinensische Dorf al-Mufaqaara gemacht. Dort war es am Dienstag zu einem Angriff gegen Palästinenser gekommen.

Hunderte israelische Friedensaktivisten waren am Samstag zu einem Protestmarsch gegen die Wasserkrise im Westjordanland eingetroffen. Sie wollten Palästinenser in der Region südlich von Hebron, die unter Wassermangel leiden, mit Wasser versorgen.

Bei einem Angriff mutmaßlich israelischer Siedler auf das palästinensische Dorf al-Mufaqaara am Dienstag hatte ein dreijähriger Palästinenser Kopfverletzungen erlitten. Sechs israelische Tatverdächtige wurden anschließend festgenommen.

Unter den Demonstranten auf dem Protestmarsch war auch der Abgeordnete Mossi Raz von der linksliberalen Meretz-Partei.

„Wir werden nicht aufgeben und nicht schweigen, bis das Grundrecht auf Wasser allen zurückgegeben wird“, sagte er der Nachrichtenseite ynet am Samstag.

Israel hatte 1967 im Sechstagekrieg unter anderem das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert. Dort leben heute mehr als 600.000 israelische Siedler in mehr als 200 Siedlungen.

Die Palästinenser beanspruchen das Gebiet als Teil eines künftigen eigenen Staates. Im Westjordanland leben neben israelischen Siedlern knapp drei Millionen Palästinenser.

Bis heute hat Israel die alleinige Kontrolle über alle Wasserressourcen zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, mit Ausnahme eines kurzen Abschnitts der Küstengrundwasserleitung unter dem Gazastreifen.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Betsalem werfen Israel vor, die Palästinenser bei der Wasserverteilung zugunsten der israelischen Siedler zu diskriminieren.

In vielen ländlichen Gebieten hätten Palästinenser nur rund 20 Liter Wasser täglich pro Kopf zur Verfügung.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/02/3805716_0:320:3073:2048_1920x0_80_0_0_5b707cacdf3e72bdba26dcabe4b7ce3d.jpg

snanews.de: **Bericht: Mehr als 100 Unternehmen in Afghanistan stillgelegt**

Mehr als 100 Unternehmen sind nach Angaben des lokalen Telenetzwerkes Tolo News in der afghanischen Provinz Herat in den vergangenen zwei Monaten stillgelegt worden.

Die Hauptgründe, warum die Zahl der Herat-Industrieunternehmen gesunken ist, waren laut lokalen Beamten wirtschaftliche Herausforderungen, Rohstoffknappheit und das Fehlen eines geeigneten Absatzmarktes.

Dabei erklärten die Beamten, sie hätten die Zölle auf importierte Waren erhöht, um einen guten Markt für einheimische Produkte zu schaffen.

Experten warnten laut Tolo News davor, dass eine Wirtschaftskrise ausbrechen würde, wenn die vor den Investoren und Unternehmern stehenden Probleme nicht sofort gelöst würden.

Am 15. August waren Truppen der radikal-islamischen Organisation Taliban kampflos in Kabul eingedrungen, während sich der ehemalige Präsident, Ashraf Ghani, auf die Flucht begeben hatte. Am 6. September verkündeten die Taliban die Errichtung der Kontrolle über das gesamte Territorium Afghanistans und am nächsten Tag die Zusammensetzung der Übergangsregierung, der ausschließlich Mitglieder der radikalen Bewegung angehören.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/07/3503921_0:131:2500:1537_1920x0_80_0_0_75d01847cdd84ad6ca03189ce203fe68.jpg